

## Zentrales Castorlager gefordert

### Atom-Kommunen dauert die Suche nach einem Endlager zu lange

Von Michaela Reh

**Brunsbüttel** - Die Suche nach einem atomaren Endlager in Deutschland ist schwierig und vor allem langwierig. Zu langwierig, findet die Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen (Asketa). Ihre Mitglieder fordern den Bund jetzt auf, bis 2031 ein zentrales Eingangslager für hochradioaktiven Müll zu bauen, um die betroffenen Kommunen zu entlasten. Das ist das Fazit einer Tagung der Asketa in Neckarwestheim (Kreis Heilbronn). In der an das künftige Endlager angegliederten Einrichtung sollen die Castoren so lange stehen bleiben, bis die unterirdische Deponie tatsächlich in Betrieb gehen kann. „Auf diesem Weg könnten die Zwischenlager an den Kernkraftwerken früher geräumt werden“, sagt



Arbeitsmaschinen stehen im Erkundungsbergwerk Gorleben (Niedersachsen) hinter einer Absperrung. Seit 2013 ist die Erkundung des Standortes bis auf weiteres beendet. Die Suche nach einem Endlager gestaltet sich schwierig. Foto: Schulze

Bürgermeister Stefan Mohrdieck (parteilos), Vorsitzender der Asketa. Es seien sehr lange Zeiträume, in denen mit dem im Juli 2017 beschlossenen Standortauswahlgesetz nach einem solchen Standort gesucht werden soll, kritisiert die Asketa. „Zu lange für die an den bisherigen Standorten betriebenen Zwischenlager deren Genehmigungen nach 40 Jahren auslaufen“, sagt Mohrdieck. Die Asketa-Mitglieder bezweifeln nämlich stark, dass bis 2031 ein Endlagerstandort gefunden werden kann. Weiterhin befürchten sie, dass sich die Atommüllzwischenlager in ihrer Heimat zu Ersatz-Endlagern entpuppen. „Und selbst 40 Jahre ist ein langer Zeitraum, sodass viele aus den Kommunen den Abtransport nicht mehr miterleben“, sagt Brunsbüttels Verwaltungschef. Seiner Kenntnis nach gibt es deutschlandweit rund 2000 Castorbehälter. Was ihm Sorge bereitet: „Wissen wir, ob die Behälter nach so vielen Jahren wirklich noch dicht sind?“ Das müsse natürlich geprüft werden. „Es sind viele Themen, die uns Asketa-Bürgermeister umtreiben.“ Kommt es zu einer deutlichen Verzögerung bei der Endlagersuche, fordern die Kommunen eine finanzielle Entschädigung, deren Höhe heute noch nicht bezifferbar sei. „Schließlich haben wir unter den Nachteilen zu leiden“, sagt Mohrdieck. Zum Beispiel unter einem Imageschaden. „Es sind übrigens nicht nur die Standortgemeinden, die von den Gewerbesteuern profitiert haben, sondern alle Bürger, die billig Strom beziehen konnten“, so Mohrdieck. Neben dem zentralen Castorlager fordern die Atom-Kommunen die unverzügliche Fertigstellung und Inbetriebnahme des bereits genehmigten Endlagers für schwach- und mittlerradioaktive Abfälle (Schacht Konrad) bis 2022. „Das würde uns den Rückbau der Meiler erleichtern.“ Die Suche nach dem Endlager ist mit Inkrafttreten des Endlagersgesetzes im Mai dieses Jahres angelaufen. Die Asketa wurde 1994 gegründet und vertritt derzeit 25 deutsche Städte und Gemeinden mit kerntechnischen Anlagen, darunter 15 Kernkraftwerksstandorte mit neun „aktiven“, acht nach Fukushima abgeschalteten und drei stillgelegten Kernkraftwerksblöcken, Standorte mit Zwischenlagern für radioaktive Reststoffe und auch Standorte mit Forschungseinrichtungen.